

Oktober 2018

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Die wichtigsten Ergebnisse	2
Regierungszufriedenheit geht zurück	3
Deutlicher Ansehensverlust für alle drei Regierungsparteien	4
Mehr als 80 Prozent der Deutschen sind unzufrieden mit dem Diesel-Kompromiss	5
Bürger machen vor allem Merkel für Zustand der Bundesregierung verantwortlich	6
Politikerbewertung: Horst Seehofer im Ansehenstief	7
Sonntagsfrage: Union und SPD im Rekordtief	8
Zukunft der Kohle: Klimaschutz am wichtigsten	10
Drei Viertel fordern mehr Engagement der Bundesregierung für Klimaschutz.....	11
Mehr als zwei Drittel befürworten Zuwanderungsgesetz.....	12
Sehr positive Einschätzung der wirtschaftliche Lage	13
Gut jeder Zweite macht Gerechtigkeitslücke aus.....	14

ARD – DeutschlandTREND Oktober 2018

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.008 Befragte Sonntagsfrage: 1.508 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	8. bis 9. Oktober 2018 Sonntagsfrage: 8. bis 10. Oktober 2018	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Die wichtigsten Ergebnisse

Die schwarz-rote Bundesregierung steckt in einer anhaltenden Ansehenskrise, der Abwärtstrend hat sich bei den Regierungsparteien im vergangenen Monat fortgesetzt. In der Sonntagsfrage verzeichnen sowohl Union als auch SPD erneut Tiefstwerte in der Geschichte des ARD-DeutschlandTRENDS. Für die bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern am kommenden Sonntag und zwei Wochen später in Hessen gibt es aus der Bundespolitik keinen Rückenwind für Union und SPD - ganz im Gegenteil. Derzeit käme die Union auf einen Stimmenanteil von 26 Prozent (-3 Punkte gegenüber September). Die SPD verliert ebenfalls 3 Prozentpunkte und liegt nur noch bei 15 Prozent. Von den Verlusten der Regierungsparteien profitieren vor allem die Grünen, die sich auf 17 Prozent (+3) verbessern – ihr bester Wert seit März 2013. Die AfD käme wie im Vormonat auf 16 Prozent. Auch die Linkspartei ist stabil (10 Prozent), während die FDP mit einem Plus von 2 Punkten zur Linken aufschließt (10 Prozent).

Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung spiegelt sich auch in der Bewertung einzelner Politikfelder und Maßnahmen: 82 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind unzufrieden mit den Bemühungen der Bundesregierung bei der Nachrüstung und dem Umtausch älterer Dieselfahrzeuge. Und auch in einer Reihe weiterer Politikfelder überwiegt die kritische Bewertung der Regierungsarbeit teils sehr deutlich. Dies gilt in besonderem Maße bei den Anstrengungen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums (16 Prozent zufrieden:78 Prozent unzufrieden) und in der Klimapolitik (23:73 Prozent). Eine große Mehrheit der Deutschen fordert denn auch ein stärkeres Engagement der Bundesregierung für den Klimaschutz (74 Prozent). Mehrheitlich zufrieden äußern sich die Bürger mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung (59:37 Prozent) – wenig überraschend angesichts der guten wirtschaftlichen Lage, die auch von 77 Prozent der Bevölkerung so eingeschätzt wird. In der Summe ist aber lediglich ein Viertel der Deutschen (24 Prozent) mit der Arbeit der Koalition zufrieden – ein Minus von 7 Punkten gegenüber dem Vormonat.

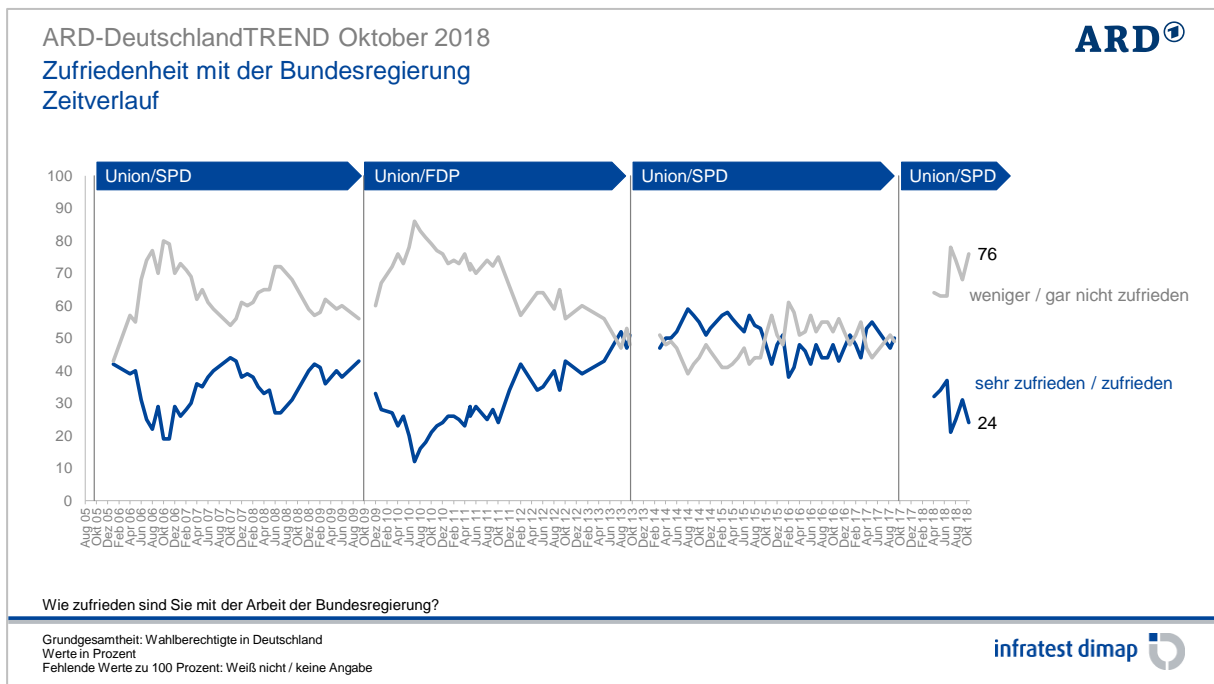
Anders als im Juli – als die beiden Unionsparteien nach ihrem Asylstreit Ansehensverluste hinnehmen mussten – erfasst der aktuelle Vertrauensverlust auch die Sozialdemokraten. Über die Arbeit der Sozialdemokraten äußern sich derzeit nur noch 27 Prozent positiv – ein deutliches Minus von 11 Punkten. Mit der Arbeit der CDU in der Bundesregierung ist nur ein gutes Viertel aller Deutschen (28 Prozent) zufrieden, ein Minus von 8 Punkten gegenüber Juli. Im Vergleich zu September 2017 kurz vor der Bundestagswahl ist die Zufriedenheit mit der von Angela Merkel geführten Partei damit um 23 Prozentpunkte abgesackt. Die Schwesterpartei CSU steht aus bundesweiter Perspektive allerdings noch stärker in der Kritik: Nur noch 17 Prozent bewerten ihre Regierungsleistung wohlwollend (-3 im Vergleich zu Juli).

Aus Sicht der Bürger sind in erster Linie die Vorsitzenden der Unionsparteien für das schlechte Erscheinungsbild des Berliner Kabinetts verantwortlich. 56 Prozent schreiben die Haupt-Verantwortung dafür der Regierungschefin Angela Merkel zu. Knapp ein Drittel (31 Prozent) macht in erster Linie Horst Seehofer für das geringe Ansehen der Koalition verantwortlich. Nur 2 Prozent sehen die Schuld am aktuellen Zustand der Bundesregierung bei SPD-Chefin Andrea Nahles. In der direkten Bewertung ihrer politischen Arbeit verzeichnet aber auch Nahles (30 Prozent, -5) leichte Verluste bei ihrer ohnehin schon mäßigen Bewertung. Ähnlich gilt dies für Merkel (44 Prozent zufrieden, -2), während Seehofer in Folge eines deutlichen Ansehensverlustes nur noch von 22 Prozent (-12) der Deutschen gute Noten bekommt - sein niedrigster Wert im ARD-DeutschlandTREND.

Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

Regierungszufriedenheit geht zurück

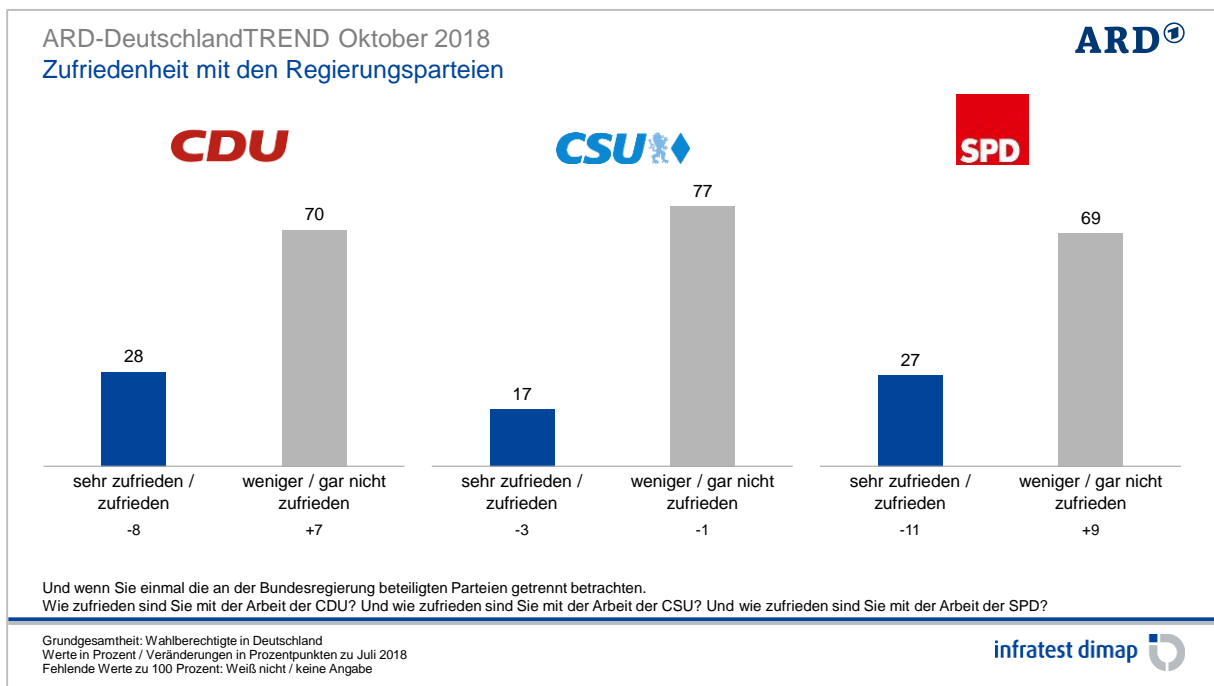
Die Beschlüsse des „Diesel-Gipfels“ Anfang Oktober konnten die Bürgerinnen und Bürger – zumindest kurzfristig – nicht davon überzeugen, dass die Bundesregierung nach den koalitionsinternen Konflikten der letzten Monate wieder an Handlungsfähigkeit gewonnen hat und sachorientierter agiert. Aktuell ist lediglich ein Viertel der Deutschen mit der Arbeit von Schwarz-Rot sehr zufrieden (1 Prozent) bzw. zufrieden (23 Prozent) – ein weiterer Rückgang von 7 Punkten im Vergleich zum September auf einem ohnehin sehr niedrigen Niveau. Demgegenüber sind drei Viertel mit den Leistungen der Koalition weniger (49 Prozent) bzw. gar nicht zufrieden (27 Prozent).



Bemerkenswert ist, dass die Leistungsbewertung der Bundesregierung nicht nur in Reihen der Oppositionsparteien mehrheitlich kritisch ausfällt, sondern auch bei den Anhängern der sie tragenden Parteien. In der sozialdemokratischen Anhängerschaft überwiegt die Unzufriedenheit deutlich (32:68 Prozent), unter den Anhängern der Union halten sich Lob und Kritik in etwa die Waage (49:51 Prozent).

Deutlicher Ansehensverlust für alle drei Regierungsparteien

Im Juli hatten die beiden Unions-Parteien nach ihrem Streit über die Asyl- und Flüchtlingspolitik einen deutlichen Ansehensverlust hinnehmen müssen. Diese Entwicklung setzt sich aktuell weiter fort und erfasst nun auch die mitregierenden Sozialdemokraten. Mit der Arbeit der CDU in der Bundesregierung ist derzeit nur noch ein gutes Viertel aller Deutschen (28 Prozent) zufrieden, ein Minus von 8 Punkten gegenüber Juli. Demgegenüber sind 70 Prozent unzufrieden. Im Vergleich zu September 2017 kurz vor der Bundestagswahl ist die Zufriedenheit mit der von Angela Merkel geführten Partei sogar um 23 Prozentpunkte abgesackt. Die Schwesterpartei CSU steht aus bundesweiter Perspektive noch stärker in der Kritik: Nur noch 17 Prozent bewerten ihre Regierungsleistung wohlwollend (-3 im Vergleich zu Juli), drei Viertel (77 Prozent) sind hingegen unzufrieden. Über die Arbeit der Sozialdemokraten äußern sich derzeit nur 27 Prozent positiv – ein deutliches Minus von 11 Punkten. 69 Prozent stehen der Arbeit der SPD eher ablehnend gegenüber.



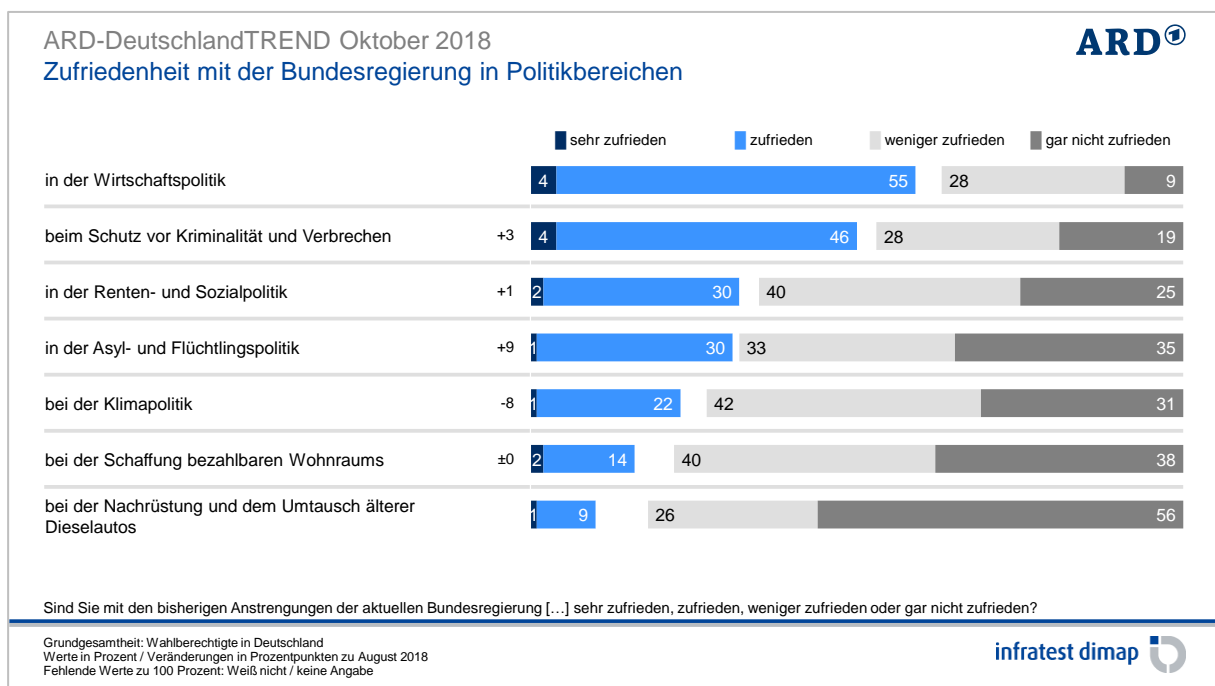
Auffällig ist, wie unterschiedlich die Unions-Anhänger die Arbeit von CDU und CSU bewerten: Mit der Arbeit der Christdemokraten sind sie mehrheitlich zufrieden (68:32 Prozent), mit dem Wirken der bayerischen Schwesterpartei überwiegend unzufrieden (24:68 Prozent). Auch den Koalitionspartner SPD sieht die Unions-Anhängerschaft sehr negativ (29:67 Prozent).

Im Umkehrschluss schaut die SPD-Anhängerschaft ähnlich kritisch auf die Arbeit der CDU (18:82 Prozent) bzw. CSU (13:79 Prozent), während drei Viertel mit der Regierungsleistung der Sozialdemokraten zufrieden sind (76:24 Prozent).

Mehr als 80 Prozent der Deutschen sind unzufrieden mit dem Diesel-Kompromiss

Der in der letzten Woche von der Koalition gefasste Beschluss zur „Diesel-Krise“ hat die Bundesbürger ganz offensichtlich nicht überzeugt: 82 Prozent sind unzufrieden mit den Bemühungen der Bundesregierung bei der Nachrüstung und dem Umtausch älterer Dieselfahrzeuge. Lediglich 10 Prozent äußern sich mit dem Regierungskompromiss bei diesem Thema zufrieden.

Der Unmut über den Umgang der Regierung Merkel mit den Konsequenzen aus dem Diesel-Skandal ist außergewöhnlich groß, insbesondere der Anteil derer, die damit „gar nicht zufrieden“ sind. Dies gilt auch für die Regierungsanhänger: Sowohl in der Unions- als auch in der SPD-Anhängerschaft ist knapp jeder Zweite gar nicht einverstanden mit der Regierungsbeschlüssen zum Diesel-Thema.



Auch bei einer Reihe anderer Politikfelder überwiegt die kritische Bewertung der Regierungsleistungen – teils sehr deutlich. Dies gilt in besonderem Maße bei den Anstrengungen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums (16 Prozent zufrieden:78 Prozent unzufrieden) und in der Klimapolitik (23:73 Prozent). Die Bewertung der Bundesregierung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik hat sich zwar gegenüber August um 9 Punkte verbessert, bleibt aber nach wie vor mehrheitlich kritisch (31:68 Prozent). Nahezu unverändert überwiegt bei der Renten- und Sozialpolitik die Unzufriedenheit deutlich (32:65 Prozent). Im Bereich Innere Sicherheit erhält die Bundesregierung, leicht verbessert, immerhin von jedem Zweiten gute Noten (50:47 Prozent). Mehrheitlich zufrieden äußern sich die Bürger über die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung (59:37 Prozent).

Bürger machen vor allem Merkel für Zustand der Bundesregierung verantwortlich

Der Bundesregierung ist es seit ihrem Start im März 2018 nicht gelungen, die Bürger von ihrer Arbeit zu überzeugen. Die öffentliche Wahrnehmung war und ist häufig von internen Streitigkeiten geprägt. Zuletzt musste die Kanzlerin den Verkehrsminister zu einem Kompromiss beim Thema Diesel drängen – der bei der Bevölkerung allerdings keine positive Resonanz gefunden hat. Aus Sicht der Bürger sind in erster Linie die Vorsitzenden der Unionsparteien für das schlechte Erscheinungsbild des Berliner Kabinetts verantwortlich. 56 Prozent schreiben die Haupt-Verantwortung dafür der Regierungschefin Angela Merkel zu. Knapp ein Drittel (31 Prozent) macht insbesondere Horst Seehofer für das geringe Ansehen der Koalition verantwortlich. Für lediglich 2 Prozent ist die Schuld am aktuellen Zustand der Bundesregierung vor allem bei der SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles zu sehen.

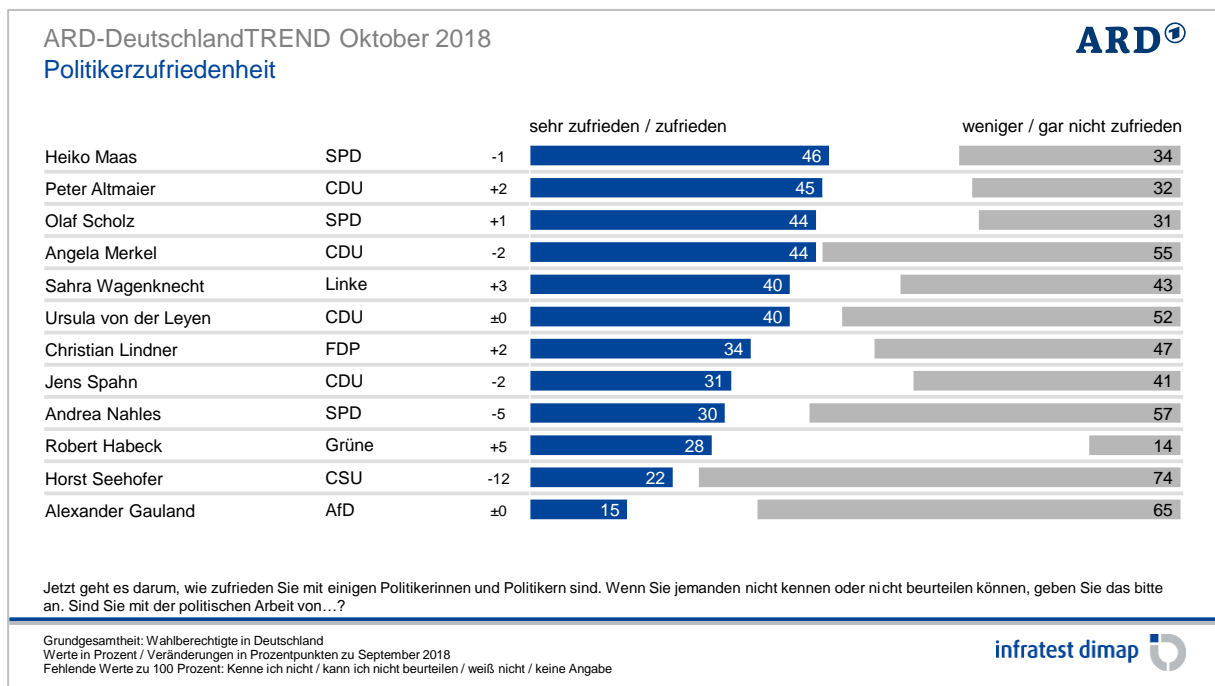


Auch die Anhänger der Unionsparteien nehmen vor allem die eigenen Spitzenpolitiker in die Pflicht, wobei sie mehr Verantwortung beim CSU-Chef sehen als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung (Merkel 46 Prozent, Seehofer 39 Prozent). Die Anhänger der anderen Parteien machen vor allem Merkel verantwortlich – mit Ausnahme der Grünen, deren Anhänger die Haupt-Verantwortung für den schlechten Zustand der Koalition am ehesten bei Seehofer verorten.

Politikerbewertung: Horst Seehofer im Ansehenstief

Auch auf der personellen Ebene fällt die Bewertung der Regierung schwach aus. Weiterhin verzeichnen selbst die Spitzenreiter Zustimmungswerte von unter 50 Prozent, können nur knapp jeden Zweiten von sich überzeugen. Größter Verlierer in diesem Monat ist Innenminister Horst **Seehofer**, der einen deutlichen Ansehensverlust zu verzeichnen hat und nur noch von 22 Prozent (-12 Punkte) der Bundesbürger gute Noten für seine Arbeit bekommt – sein niedrigster Wert im ARD-DeutschlandTREND. Drei Viertel (74 Prozent) sind mit seinem politischen Wirken unzufrieden – und damit mehr als beim AfD-Politiker Gauland.

Bundesaußenminister Heiko **Maas**, mit dessen Arbeit aktuell 46 Prozent sehr zufrieden bzw. zufrieden (-1 Prozentpunkt im Vergleich zum September) sind, liegt auch in diesem Monat auf Platz 1. Dicht dahinter folgen CDU-Wirtschaftsminister Peter **Altmaier** (45 Prozent, +2), SPD-Finanzminister Olaf **Scholz** (44 Prozent, +1) und Kanzlerin Angela **Merkel** (44 Prozent, -2).

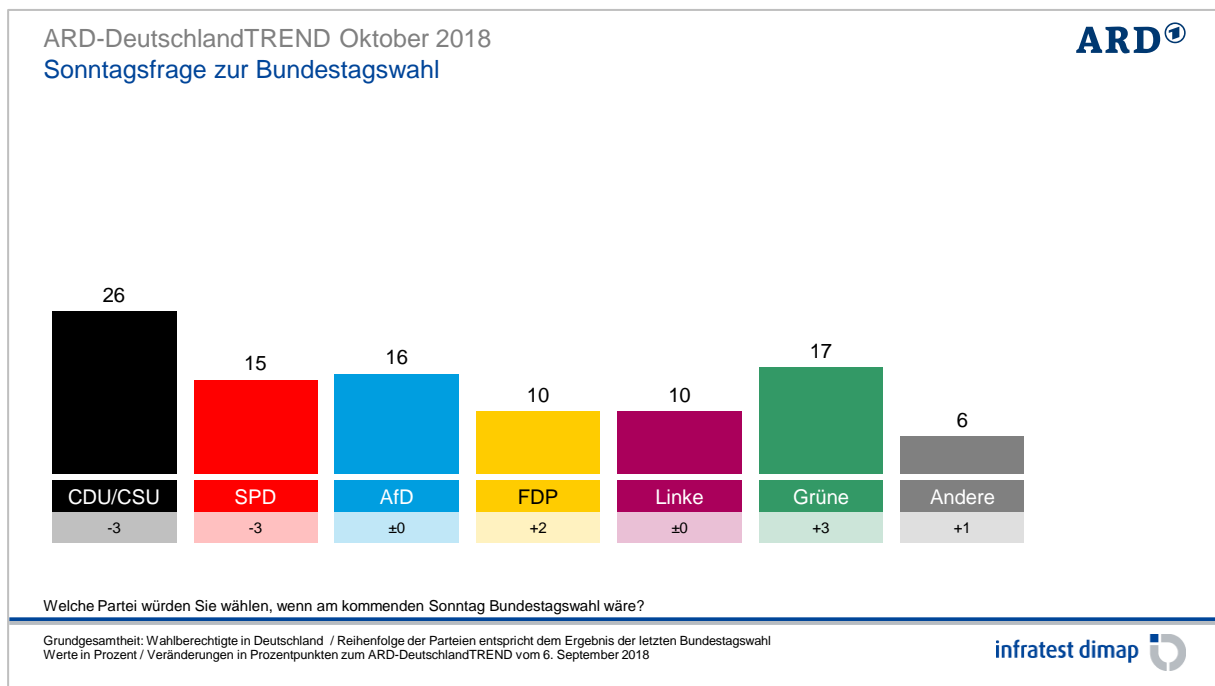


Im Mittelfeld platziert und unverändert zum Vormonat wird die christdemokratische Verteidigungsministerin Ursula **von der Leyen** bewertet (40 Prozent). Ihr Kabinettskollege CDU-Gesundheitsminister Jens **Spahn** (31 Prozent, -2) überzeugt derzeit drei von zehn Bürgern. Dies gilt auch für die SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea **Nahles**, die eine Zustimmungsrate von 30 Prozent erreicht – ein Minus von 5 Punkten.

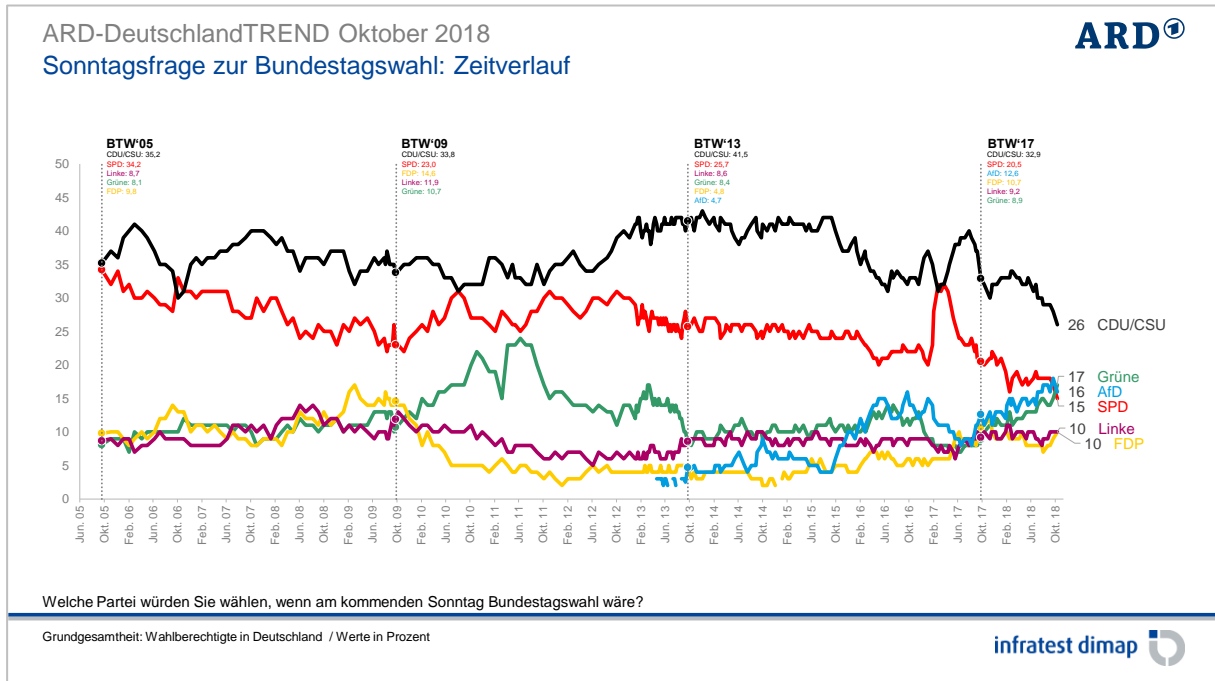
Von den in diesem Monat abgefragten Oppositionsvertretern schneidet die Linke-Fraktionsvorsitzende am besten ab: Mit der Arbeit von Sahra **Wagenknecht** sind aktuell 40 Prozent zufrieden, ein Plus von 3 Punkten gegenüber September. FDP-Chef Christian **Lindner** legt leicht zu und kommt auf 34 Prozent (+2) Zustimmung, der Grünen-Vorsitzende Robert **Habeck** verzeichnet einen deutlichem Ansehenszuwachs auf 28 Prozent (+5). Der AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Alexander **Gauland** erhält von unverändert 15 Prozent der Deutschen gute Noten für seine Arbeit, zwei Drittel (65 Prozent) üben Kritik.

Sonntagsfrage: Union und SPD im Rekordtief

Die schwarz-rote Bundesregierung steckt in einer anhaltenden Ansehenskrise. Der Abwärtstrend bei den beiden Regierungsparteien hat sich im vergangenen Monat fortgesetzt und in der Sonntagsfrage sowohl für Union als auch SPD für neue Tiefstwerte in der Geschichte des ARD-DeutschlandTRENDS gesorgt. Für die bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern am kommenden Sonntag und zwei Wochen später in Hessen gibt es aus der Bundespolitik keinen Rückenwind für Union und SPD - ganz im Gegenteil. Die Union kommt nur noch auf einen Stimmenanteil von 26 Prozent, ein Minus von 3 Punkten gegenüber September. Auch die SPD verliert gegenüber dem Vormonat 3 Prozentpunkte und rangiert mit nunmehr 15 Prozent aktuell nur noch als viertstärkste Kraft hinter CDU/CSU, Grüne und AfD. Die Grünen profitieren in der aktuellen Stimmung am stärksten und legen 3 Punkte auf nunmehr 17 Prozent zu - ihr bester Wert seit März 2013. Die AfD käme wie im Vormonat auf 16 Prozent. Auch die Linkspartei ist stabil (10 Prozent), während die FDP mit einem Plus von 2 Punkten zur Linken aufschließt (10 Prozent). Alle anderen Parteien würden zusammengenommen 6 Prozent (+1) erreichen.



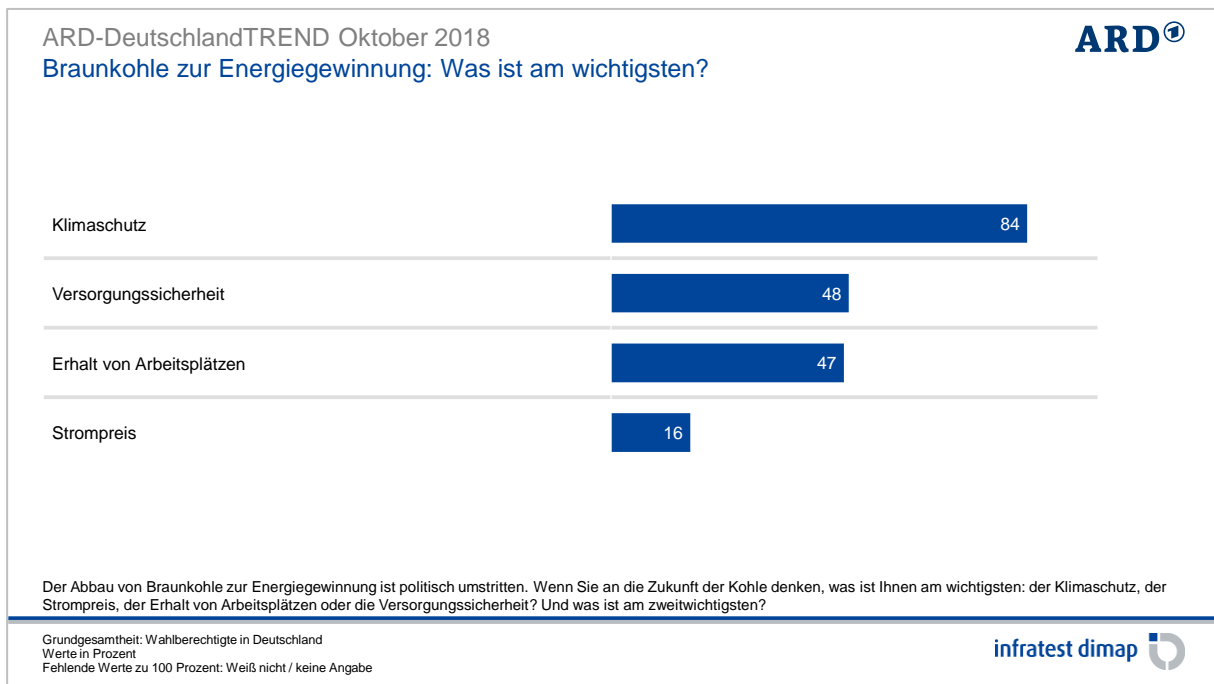
Wäre dies das Ergebnis eines Urnengangs würden die drei "GroKo"-Parteien zusammen nur 41 Prozent erreichen und wären damit von einer Mehrheit im Parlament weit entfernt.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Zukunft der Kohle: Klimaschutz am wichtigsten

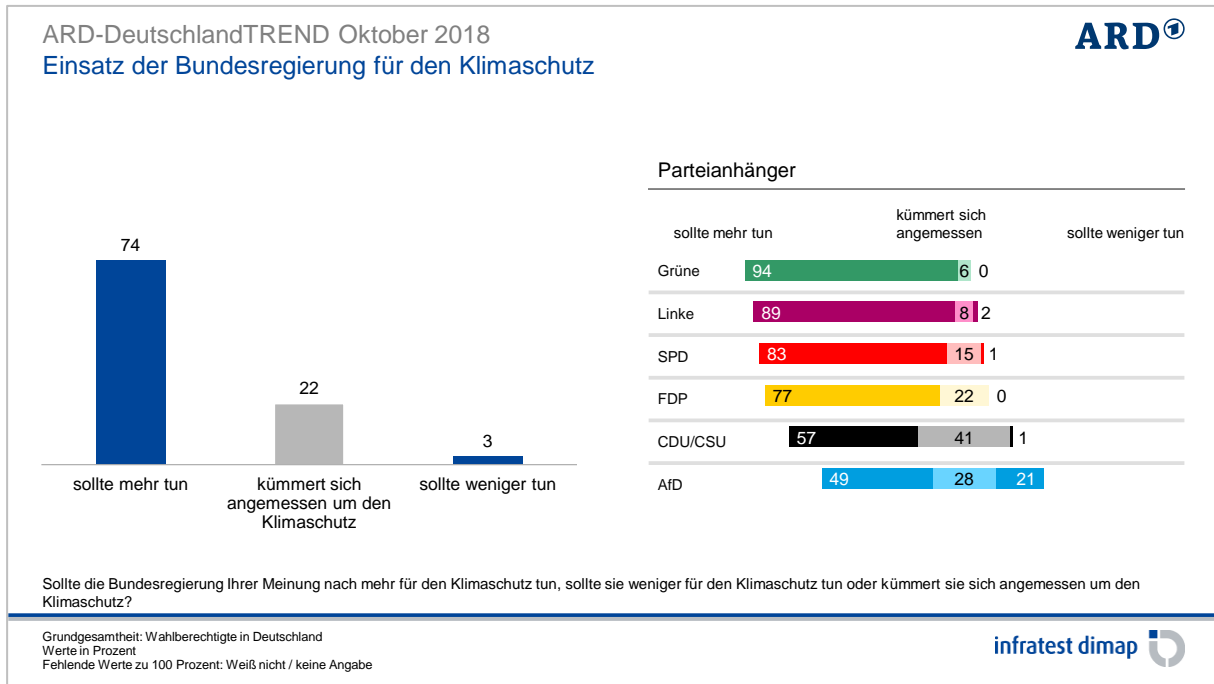
Ein Stück Wald in Nordrhein-Westfalen stand in den letzten Wochen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses: Im Hambacher Forst will der Stromkonzern RWE in Zukunft Braunkohle abbauen und argumentiert mit Versorgungssicherheit und Arbeitsplätzen. Nach Meinung der Bevölkerung hat bei der Entscheidung über die Zukunft der Braunkohle jedoch der Klimaschutz Vorrang (84 Prozent). Die Versorgungssicherheit und der Erhalt von Arbeitsplätzen nennen 48 bzw. 47 Prozent der Bürger. Der Strompreis hat bei der Diskussion um die Zukunft der Braunkohle dagegen eine deutlich nachrangige Bedeutung (16 Prozent).



Der Klimaschutz hat in allen Bevölkerungsgruppen und Parteianhängerschaften die höchste Priorität – mit Ausnahme der AfD, deren Anhänger die Arbeitsplatzsicherung als ebenso wichtig betrachten.

Drei Viertel fordern mehr Engagement der Bundesregierung für Klimaschutz

Angesichts der klaren Schwerpunktsetzung für den Klimaschutz überrascht es nicht, dass eine große Mehrheit der Deutschen ein stärkeres Engagement der Bundesregierung in diesem Bereich fordert: 74 Prozent sind der Meinung, die Koalition sollte mehr für den Klimaschutz tun. Ein gutes Fünftel (22 Prozent) ist der Auffassung, dass sich Schwarz-Rot darum angemessen kümmert. Nur 3 Prozent halten das Engagement der Regierung in der Klimafrage für übertrieben.

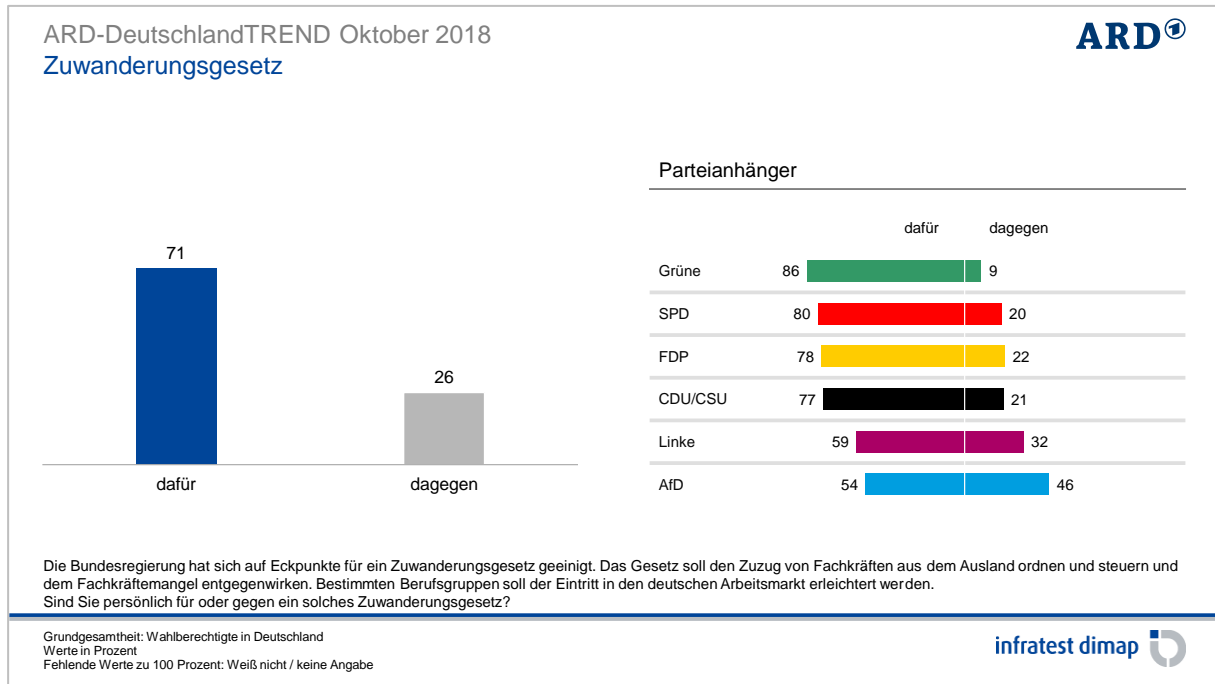


In den Anhängerschaften von Grünen, Linken, SPD und FDP fordern drei Viertel und mehr von der Bundesregierung, sie solle mehr für den Klimaschutz tun. Auch in den Reihen der Unionsparteien findet eine Mehrheit von 57 Prozent, auf diesem Gebiet seien stärkere Anstrengungen notwendig. Relativ viele Unions-Anhänger (41 Prozent) bescheinigen der amtierenden Koalition allerdings auch einen angemessenen Umgang mit dem Thema. Auch in der AfD-Anhängerschaft fordert eine relative Mehrheit von 49 Prozent mehr Klimaschutz. Allerdings hält hier jeder Fünfte diese Anstrengungen für übertrieben.

Die Analyse zeigt auch: Je jünger die Bürger sind, desto häufiger wird die Forderung nach mehr Klimaschutz formuliert.

Mehr als zwei Drittel befürworten Zuwanderungsgesetz

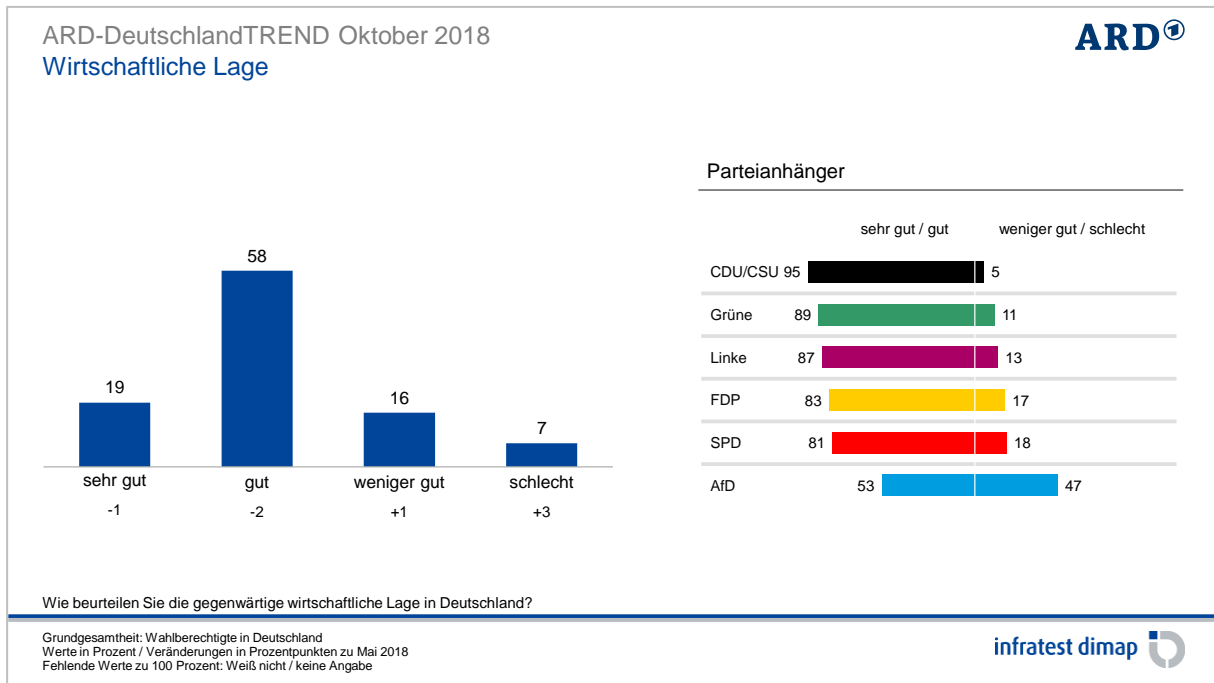
Die Bundesregierung hat sich auf Eckpunkte für ein Zuwanderungsgesetz geeinigt, das den Zuzug von Arbeitskräften regeln und so dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegenwirken soll. Von der Bevölkerung wird ein solches Zuwanderungsgesetz mit einer deutlichen Mehrheit von 71 befürwortet. Jeder Vierte (26 Prozent) hält hingegen nichts von einer gesetzlichen Regelung des Zuzugs ausländischer Arbeitskräfte.



Mehrheiten für ein Zuwanderungsgesetz finden sich in den Lagern aller Parteien. Bei Grünen, SPD, FDP und Union stimmen drei Viertel und mehr zu. In den Anhängerschaften von Linken und AfD fällt die Zustimmung mit 59 bzw. 54 Prozent hingegen schwächer aus.

Sehr positive Einschätzung der wirtschaftliche Lage

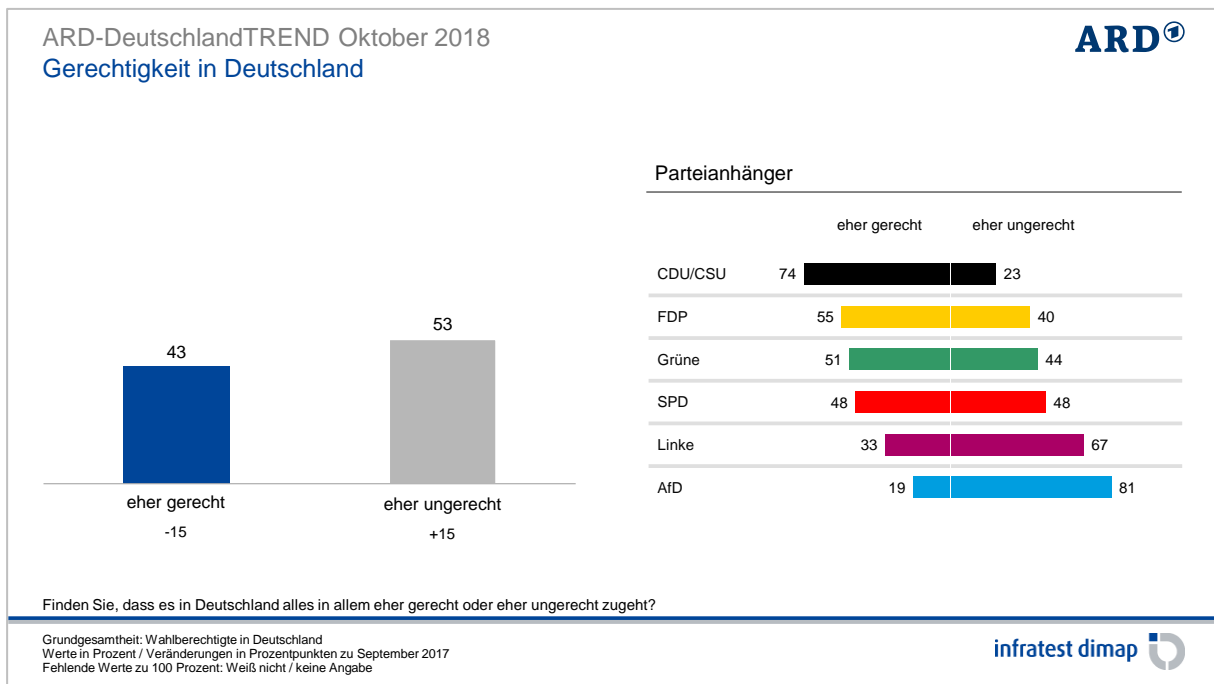
Angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und der im Vergleich niedrigen Arbeitslosenzahlen schätzen gut drei Viertel die wirtschaftliche Lage des Landes als sehr gut (19 Prozent) bzw. gut (58 Prozent) ein. Lediglich knapp jeder Vierte vertritt die Auffassung, dass die ökonomische Situation weniger gut (16 Prozent) bzw. schlecht sei (7 Prozent).



Die negative Beurteilung der Wirtschaftslage fällt überdurchschnittlich aus bei Personen mit niedrigen Bildungsanschlüssen, niedrigem Einkommen und bei Anhängern der AfD.

Gut jeder Zweite macht Gerechtigkeitslücke aus

Nach der Bundestagswahl hat sich die Sicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse hierzulande deutlich verändert. Während im September 2017 noch die positive Sicht überwog, ist derzeit gut jeder zweite Bürger in Deutschland (53 Prozent) der Auffassung, dass es hierzulande ungerecht zugeht. Demgegenüber beurteilen 43 Prozent die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als alles in allem gerecht.



Unter den Unions-Anhängern bewerten drei Viertel die gesellschaftlichen Verhältnisse als gerecht. Auch in den Reihen der FDP und der Grünen überwiegt die positive Sicht. Im Lager der SPD fallen die Meinungen geteilt aus. Überwiegend von Ungerechtigkeit sprechen hingegen die Mehrzahl der Linken- und der AfD-Wähler.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert